



---

## Ausarbeitung

---

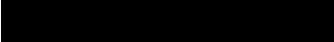
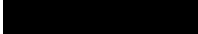
### **Bürgerrechtspolitik**

Ein Vergleich der Bundestagswahlprogramme von F.D.P. und Bündnis90/Die Grünen



## **Bürgerrechtspolitik**

### Ein Vergleich der Bundestagswahlprogramme von F.D.P. und Bündnis90/Die Grünen

Verfasser:   
Aktenzeichen: WD 1 – 3000/069/11  
Abschluss der Arbeit: 31. August 2011  
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik  
Telefon: 

## **Inhaltsverzeichnis**

1. Einleitung
2. Literaturverzeichnis
3. Tabelle: Bürgerrechtspolitik in den Bundestagswahlprogrammen von FDP und Grünen seit 1980

## 1. Einleitung

Bürgerrechte sind die gesetzlichen Rechte, die der Staat den Mitgliedern seines Staatsvolkes zugesteht. Im Einzelnen zählen dazu insbesondere die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG), die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit (Art. 9 GG), die Freizügigkeit (Art. 11 GG), die Berufsfreiheit (Art. 12 I GG), das Ausbürgerungs- und Auslieferungsverbot (Art. 16 I, II GG), das Widerstandsrecht (Art. 20 IV GG) und das Gleichheitsgebot (Art. 33 I - III GG). Schließlich gehört auch der Bereich der Wahlrechtsgrundsätze dazu (vgl. Art. 38 I S. 1 GG und Art. 20 II GG). Bürger i.S.d. Grundgesetzes sind nur deutsche Staatsangehörige, deshalb beziehen sich diese Rechte nur auf die Staatsbürger. (vgl. Pieroth/Schlink, Grundrechte, Staatsrecht II, 14. Aufl. 1998, Rn. 108)

„Bürgerrecht“ ist aber nicht nur ein juristischer Begriff sondern auch ein politischer Begriff und damit auch ein in der politischen Auseinandersetzung mitunter undifferenziert gebrauchter Begriff. Für den vorliegenden Vergleich von Aussagen zu Bürgerrechten in den Bundestagswahlprogrammen der Grünen und der F.D.P. seit 1980 wurde der politischen Bedeutung des Begriffs Rechnung getragen.

In der Tabelle werden wahlprogrammatische Aussagen zur Bürgerrechtspolitik zitiert und kategorisiert. Hinsichtlich der Kategorisierung wurde versucht, einzelne Aussagen einzelnen (politischen) Bürgerrechten zuzuordnen („Wahlrecht“, „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ usw.). Dabei werden mitunter auch Kategorien gewählt, die keine klassischen Bürgerrechte darstellen, aber politisch unter dem Aspekt „Bürgerrechte“ von den Parteien diskutiert werden. Hier sind zum Beispiel das Asylrecht oder einzelne Aspekte der Inneren Sicherheit zu nennen.

Es handelt sich nicht um eine vergleichende *Analyse* der Aussagen zur Bürgerrechtspolitik sondern lediglich um eine Zusammenstellung der Aussagen. Dabei ist zu beachten, dass die Quantität mit der Länge der untersuchten Wahlprogramme zusammenhängt: Bei der F.D.P. lagen für die Jahre 1983 und 1987 im Verhältnis zu den Wahlprogrammen der Jahre davor und danach kurze Wahlaufrufe beziehungsweise „Wahlplattformen“ vor. Gleiches gilt für die Grünen-Programme aus den Bundestagswahlkämpfen 1980, 1983 und 1998. Dies gilt es zu berücksichtigen, bevor die reine Menge an Aussagen zu bürgerrechtspolitischen Fragen beider Parteien miteinander verglichen wird.

## 2. Literaturverzeichnis

- Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1980 der Freien Demokratischen Partei „Unser Land soll auch morgen liberal sein“ (Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Freiburg am 7. Juni 1980)
- Wahlaussage zur Bundestagswahl 1983 der Freien Demokratischen Partei „Freiheit braucht Mut“ (Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Freiburg am 29./30. Januar 1983)
- Wahlplattform zur Bundestagswahl 1987 der Freien Demokratischen Partei „Zukunft durch Leistung“ (Beschlossen vom Bundeshauptausschuss in Augsburg am 13. September 1986)
- Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1990 der Freien Demokratischen Partei „Das liberale Deutschland“ „Wahlauf-ruf“ Beschlossen vom Bundesvorstand am 28. September 1990 „Grundsätze: Für ein liberales Deutschland“ Beschlossen auf dem Vereinigungsparteitag in Hannover am 12. August 1990 „Aktionsprogramm“ Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Nürnberg am 29./30. September 1990.

- 
- Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1994 der Freien Demokratischen Partei „Liberal denken. Leistung wählen.“ (Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Rostock am 5. Juni 1994)
- Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1998 der Freien Demokratischen Partei „Es ist Ihre Wahl.“ (Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Leipzig vom 26.-28. Juni 1998)
- Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2002 der Freien Demokratischen Partei „Bürgerprogramm 2002“ (Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Mannheim vom 10. – 12. Mai 2002)
- Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2005 der Freien Demokratischen Partei „Arbeit hat Vorfahrt. Deutschlandprogramm 2005“
- Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 der Freien Demokratischen Partei „Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei“ (Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Hannover vom 15.-17. Mai 2009)
- DIE GRÜNEN. Ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei. Wahlplattform zur Bundestagswahl 1980 .
- Diesmal Die Grünen – warum? Ein Wahlaufruf zur Bundestagswahl 1983. Empfohlen von der Bundesdelegiertenversammlung der Grünen in Sindelfingen, 14./15. Januar 1983.
- DIE GRÜNEN. Bundestagswahlprogramm 1987. „Farbe bekennen“.
- Die Grünen. Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990.
- Nur mit uns. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Programm zur Bundestagswahl 1994 verabschiedet auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Mannheim im Februar 1994.
- Programm zur Bundestagswahl 98. GRÜN IST DER WECHSEL. verabschiedet im März 1998 auf der 10. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz in Magdeburg.
- Grün wirkt! Unser Wahlprogramm 2002 – 2006. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Beschlossen auf der Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 4. – 5. Mai 2002 in Wiesbaden.
- Eines für Alle: Das grüne Wahlprogramm 2005. Beschlossen auf der Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 09. – 10. Juli 2005 in Berlin.
- Der Grüne neue Gesellschaftsvertrag, beschlossen auf der 30. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 8. bis 10. Mai 2009 in Berlin.
- Pieroth, Bodo/Schlink, Bernhard (1998). Grundrechte, Staatsrecht II, 14. Aufl. Heidelberg: Müller (C.F.Jur.).